

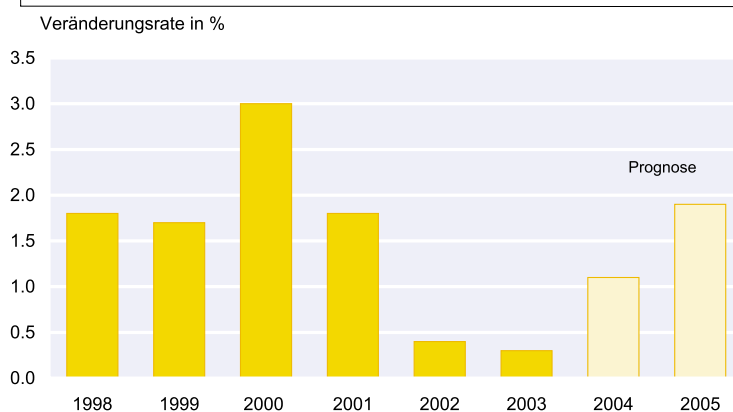
Annähernde Stagnation 2003. Langsame Erholung 2004. Zunehmende Festigung der Konjunktur 2005. Geldpolitik stimuliert bis ins kommende Jahr hinein. Finanzpolitik wirkt leicht expansiv unter Inkaufnahme eines über 3% des BIP steigenden öffentlichen Finanzierungsdefizits. Aufwertung des Euro bremst die Zunahme der Ausfuhr immer weniger. Lohnanstieg wird allmählich rascher. Lage auf dem Arbeitsmarkt bessert sich langsam weiter. Inflationsrate über EU-Durchschnitt. Leistungsbilanz mit steigendem Fehlbetrag.

Das **politische und soziale Umfeld** ist geprägt von anhaltend stabilen politischen Verhältnissen, die jedoch nichts am schleppenden Tempo der Reformen ändern. Auch reißt die Kette der meist kürzeren Streiks nicht ab. Die Regierungskoalition musste – wie bereits bei den Provinz- und Gemeindevahlen 2003 – bei den jüngst stattgehabten Wahlen zum Europäischen Parlament Federn lassen, auch weil sich die Legislative zu einem großen Teil mit Angelegenheiten beschäftigt, die den persönlichen Interessen des Ministerpräsidenten dienen. Die von ihm geleitete EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2003 ist vor allem mit Blick auf den chaotischen EU-Gipfel im Dezember ziemlich verunglückt.

Die **Regierung Berlusconi** ist jetzt länger am Ruder, als jede andere Regierung seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Trotz verschiedener und tendenziell zunehmender interner Zwistigkeiten scheint sie zumindest in absehbarer Zeit nicht auseinander zu brechen, obwohl die schwere Schlappe von Berlusconi's Forza Italia bei den kürzlich durchgeführten Wahlen zum EU-Parlament sowie zu mehreren Gemeinde- Provinzvertretungen den Zusammenhalt der Koalition weiter gelockert hat. Für italienische Verhältnisse ist die politische Lage gleichwohl stabil. Bei den Parlamentswahlen im Mai 2001 hatte das Parteienbündnis der rechten Mitte (Casa delle Libertà) mit der von Berlusconi geführten sehr inhomogenen »Forza Italia« als tragender Kraft einen eindrucksvollen Wahlsieg errungen. Erstmals seit Jahrzehnten konnte sich die Regierung in beiden Kammern des Parlaments auf absolute Mehrheiten stützen. Die auf dieser Basis erfolgten vollmundigen Versprechungen wurden indes nicht zügig in durchgreifende Reformen umgesetzt. Zwar sind Erfolge zu verbuchen, wie etwa die im

April 2003 auf den Weg gebrachte Reform des Steuerrechts oder das zum 1. Januar 2004 erstmals seit 1942 grundlegend überarbeitete Gesellschaftsrecht. Aber die in der Bevölkerung ursprünglich verbreitete Erwartung, der sehr erfolgreiche Medienunternehmer Berlusconi könne die Volkswirtschaft effizienter managen als die vorherigen Mitte-Links-Kabinette, hat sich nicht erfüllt. Seine Reformvorhaben wurden bisher erst zu rund 15% verwirklicht. Dies lag mit daran, dass er weiterhin mehr im Interesse seiner eigenen Angelegenheiten tätig ist als in denjenigen des Landes, und zwar in einem derartigen Ausmaß, dass ihn unlängst der Europarat aufforderte, seine Gesetzgebung den westeuropäischen Normen zur Sicherung des Rechtsstaatsprinzips und der Unabhängigkeit der Justiz anzupassen. Auch ist der Interessenkonflikt zwischen seiner Stellung als weitaus mächtigster Medienunternehmer Italiens und der des Premierministers nach wie vor ungelöst, und bisweilen sucht er unter Ignorierung der Gewaltenteilung Entscheidungen zu beeinflussen. Infolge seiner oft genug ideologisch befrachteten

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

und polarisierenden Auslassungen sind die Beziehungen zwischen Regierung und Gewerkschaften erheblich gespannter als unter den Vorgängerregierungen. Und auch das Verhältnis zur den Unternehmen hat sich eingetrübt. Ferner war die gegen den Willen von etwa 85% der Bevölkerung erfolgte militärische Unterstützung der US-Intervention im Irak seiner Popularität abträglich.

Eine spürbare Enttäuschung der Wähler zeigte sich bereits 2003 bei den **Wahlen zu Regional-, Provinzial- und Gemeinderäten**. Bei den **Wahlen zum EU-Parlament** sowie zu zahlreichen Kommunal- und Regionalparlamenten im Juni 2004 wurde diese noch deutlicher. Bei den Europa-Wahlen erreichte Ministerpräsident Berlusconi Forza Italia mit 21% sehr viel weniger Stimmen als bei den letzten Parlaments- bzw. Europa-Wahlen. Demgegenüber sah Koalitionspartner Alleanza Nazionale seinen Weg zur politischen Mitte honoriert. Die sich gemäßigt und unpopulistisch gebenden Christdemokraten (UDC) legten stark zu. Selbst die Lega Nord gewann Anteile. Die unter sich stark zerstrittenen Oppositionsparteien bekamen zusammen nicht viel mehr Stimmen als die zunehmend von Spannungen geprägte Koalition, vermochten also von den Schwächen der Regierung kaum zu profitieren. Während die äußerste Linke zulegte, konnte die in sich zerstrittene und demzufolge mit einem schwammigen Programm angetretene Parteienverbindung »Uniti nell' Ulivo« ihren Stimmenanteil mit 31,1% lediglich halten. Der ehemalige Ministerpräsident und derzeitige Präsident der EU-Kommission Prodi will dieses heterogene Parteienbündnis nach dem Ablauf seines Mandats im Oktober 2004 in die Parlamentswahlen 2006 führen.

Die während der Jahre 2000/2002 zugenommenen **Arbeitskämpfe** sind zwar inzwischen wieder weniger geworden. Aber kürzere Streiks von Lehrern, Bahnbediensteten, Richtern, Angehörigen des Gesundheitsdienstes, Angestellte von Fluggesellschaften etc. erfolgen immer noch häufig. Bisweilen gibt es auch kurze Generalstreiks, wie etwa im Oktober 2003 gegen die Rentenreform. Der Motive gibt es viele. Lohnstreiks und politische Streiks wechseln mit solchen gegen den Abbau von Arbeitsplätzen. Auch sind die außerhalb des Kartells der drei großen Gewerkschaftsverbände CGIL, CISL und UIL stehenden Cobas (Comitate di base) in wachsendem Maße aktiv geworden. Zwar hat Berlusconi eine Konfrontation mit den Gewerkschaften nach dem Muster von 1994 vermieden, und eine völlige Rückkehr von der »concertazione« zur »conflittualità« unseligen Angedenkens vor allem der siebziger Jahre ist nicht zu beobachten. Vielmehr sucht die Regierung von Fall zu Fall, und teilweise auch erfolgreich, die Gewerkschaftsfront zu spalten, um Projekte durchzubringen, wie etwa die Lohntarifverträge 2003/2004 sowie die Aufweichung des Kündigungsschutzes. Sie dürfte jedoch hellhörig geworden sein, als die drei Gewerkschaftsverbände und der führende Arbeitgeberverband Confindustria 2003 eine »Übereinkunft für Entwicklung, Beschäftigung und Wettbewerbs-

fähigkeit« schlossen, welche handfeste Forderungen auch finanzieller Art gegenüber der Regierung beinhaltet. Dies geschah vor dem Hintergrund einer bröckelnden »Italien AG«, wobei die traditionell führende Position einiger weniger Unternehmersdynastien im Zuge von EU-Integration und Globalisierung weiter stark erodiert. In letzter Zeit wurde sie zusätzlich erschüttert durch Probleme bei FIAT sowie durch die skandalösen Zusammenbrüche von PARMALAT und dem Nahrungsmittelkonzern Cirio, die auch den Bankensektor und sogar den Präsidenten der Banca d'Italia in Mitleidenschaft zogen. Indiz hierfür ist die vor vier Jahren erfolgte Wahl eines Repräsentanten der Mittel- und Kleinunternehmen statt eines Vertreters der alten Wirtschaftsdynastien zum Präsidenten der straff organisierten und rund 113 000 Firmen umfassenden Confindustria. Sein kürzlich gekürter Nachfolger und neuer Chef von FIAT kritisierte auch gleich massiv die ordnungspolitische Ausrichtung der Regierung und regte eine stärkere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften an, wobei er ausdrücklich auf die 1993 begonnene erfolgreiche »concertazione« zwischen Regierung, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden rekurrierte.

Die **Föderalisierung** Italiens macht weitere langsame Fortschritte. So sprach sich das Parlament Anfang des Jahres für einen »regionalisierten Senat« aus, im dem künftig Vertreter der Regionen sitzen sollen.

Wirtschaftspolitisch bürgt die, wenn auch allmählich abnehmende Stabilität der Regierung zwar für Kontinuität. Das heißt jedoch: sehr zögerliche Fortsetzung des Reformkurses und der Privatisierungen sowie ein Festhalten an der nicht eben seriösen und zu wachsenden Haushaltsdefiziten führenden Finanzpolitik. Diese Entwicklung ist auch 2005 abzusehen, zumal es im Vorfeld der 2006 fälligen Parlamentswahlen Wohltaten zu verteilen gilt. Die Konjunktur erhält von der Wirtschaftspolitik insgesamt leichte Impulse. Ein neues »Miracolo economico« ist unter diesen Umständen auch auf längere Sicht nicht zu erwarten.

Wirtschaftsentwicklung 2003

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich folgendermaßen dar: In den **Vereinigten Staaten** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,1%. In **Japan** übertrafen Nachfrage und Produktion das Volumen von 2002 um 2,7%. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3 1/2%. In **Westeuropa** und in der EU nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um 3/4% zu, im Euro-Raum stieg es um 0,4%, und in Deutschland blieb es gegenüber 2002 etwa unverändert. Der Einfuhrpreis für **Rohöl** betrug in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt 28,7 US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 13%. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) verteuerten sich gegenüber dem Jahr 2002 auf

Dollar-Basis um etwa 17%. Der **Wechselkurs des Euro** betrug im Schnitt des Jahres 1,13 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des **Welt-handels** hat gegenüber 2002 um 4% expandiert.

In **Italien** blieb die konjunkturelle Entwicklung – wie andernorts auch – beträchtlich hinter den Erwartungen zurück. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** expandierte um 0,3%, nachdem die Regierung noch im Herbst 2002 mit 2,3% gerechnet hatte. Während des ersten Halbjahrs hatte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung annähernd stagniert, infolge des flauen weltwirtschaftlichen Umfelds, der Energiepreiserhöhungen, SARS sowie des Konflikts im Irak. Hinzu kam die lange sommerliche Trockenheit, welche zu beträchtlichen Ernteaussfällen führte. Retardierend machte sich auch das Auslaufen der steuerlichen Investitionsförderung (»Legge Tremonti Bis«) Ende 2002 bemerkbar, da Investitionen vorgezogen worden waren. Dieser Effekt wirkte in Form laufend sinkender Bruttoanlageinvestitionen weiter, denn auch im zweiten Halbjahr belebte sich die Konjunktur kaum, obwohl Geld- und Finanzpolitik stimulierten, die Ölpreise gesunken waren und die Weltwirtschaft einen kräftigen Aufschwung genommen hatte. Allerdings setzte sich die kräftige Aufwertung des Euro fort. Die Lohnpolitik war von einem allmählich zunehmenden Lohnanstieg geprägt. Dank etwas höherer Beschäftigung (pro Kopf, aber nicht pro Mannjahr) – die Arbeitslosenquote sank auf 8,6% im Jahresdurchschnitt – und rückläufiger Sparquote ist der Konsum nicht eingebrochen, obwohl sich das Konsumklima verschlechterte. Der öffentliche Verbrauch nahm im Verlauf nur geringfügig zu. Die Exportentwicklung erfuhr um die Jahresmitte eine Wende zum Besseren. Das Defizit der Leistungsbilanz erhöhte sich kräftig. Die Inflation beruhigte sich im weiteren Verlauf des Jahres, doch stiegen die Verbraucherpreise mit 2,8% sogar noch stärker als 2002.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** sind während des gesamten Jahres spürbar zurückgegangen. Gegenüber 2002 belief sich das Minus auf 1,2%. Ausschlaggebend war der mit rund 5% beträchtliche Einbruch bei den Ausrüstungsinvestitionen, bedingt durch die Ende 2002 auslaufende steuerliche Investitionsförderung (»Tremonti Bis«): So wurde während des zweiten Halbjahrs 2002 infolge von Vorzieheffekten beschleunigt und kräftig investiert. Hierauf folgte im ersten Quartal 2003 ein scharfer Rückgang, der sich anschließend – allerdings wesentlich langsamer – fortsetzte. Ein ähnliches Konzept zur Ankurbelung der Investitionen (»Legge Tremonti«) hatte Mitte der neunziger Jahre ausnahmsweise gut funktioniert; doch herrschten damals andere Bedingungen, so dass die Gunst der Stunde dem Programm zum Erfolg verhalf. Das Sinken der Ausrüstungsinvestitionen, begleitet von einer unter den langfristigen Durchschnitt fallenden Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie sowie ungünstiger Ertragslage und pessimistischen Exporterwartungen, resultierte weder aus einer Kreditklem-

me (wenn auch hauptsächlich Kleinunternehmen es verschiedentlich schwerer haben an Kredite zu kommen), noch aus der Zinsentwicklung; diese war nämlich zunächst weiter abwärts gerichtet. Für den Bausektor war die steuerliche Förderung zwar verlängert worden. Doch wirkten sich jetzt auch hier die Vorzieheffekte retardierend aus: Die Investitionen im Wohnungsbau expandierten verlangsamt, und beim industriell-gewerblichen Bau gingen sie zurück. Demgegenüber hat die öffentliche Hand stark beschleunigt in Bauprojekte investiert. Die Bauinvestitionen nahmen insgesamt um 1³/₄% zu, nach 3¹/₄% 2002.

Der **private Konsum** hat im Laufe des Jahres tendenziell stagniert, lag jedoch infolge des Überhangs zu Jahresbeginn um 1,3% über dem Volumen von 2002. Einem Rückgang des Verbrauchs standen der leichte Reallohnanstieg und die gesunkene Sparquote sowie die weitere Zunahme der Beschäftigung entgegen. Das auf der Basis von Verbraucherbefragungen erhobene Konsumklima war nur wenig ungünstiger als im langfristigen Durchschnitt. Allerdings haben die Diskussionen um eine Reform der Sozialversicherung weite Teile der Bevölkerung irritiert. Als ungünstig erwiesen sich zudem die Massenentlassungen bei FIAT, einer italienischen Institution, und die ständig nach unten revidierten Konjunkturprognosen. Der Absatz von Personautos ist gegenüber dem Vorjahr etwas geschrumpft, während Einrichtungsgegenstände noch etwas zulegen konnten. Der **öffentliche Verbrauch** wurde um 2,2% ausgeweitet, bei nur schwacher Zunahme im Verlauf des Jahres.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (– 3,9%) entwickelte sich wesentlich schwächer als die Inlandsnachfrage. Zunächst ging sie weiter zurück, stieg im dritten Quartal kräftig und sank anschließend erneut. Die Aufwertung des Euro, die gegenüber wichtigen Konkurrenten überdurchschnittlich zunehmenden Lohnstückkosten (bei etwas gesunkener Arbeitsproduktivität), der massiv verschärfte Wettbewerb durch ostasiatische Anbieter bei Produkten der Leichtindustrie, die als Stärke der italienischen Exportwirtschaft gelten (Schuhe, Bekleidung, Einrichtungsgegenstände etc.), sowie die Konsumflaute in wichtigen europäischen Abnehmerländern wirkten retardierend. Für die Investitionsgüterindustrie war vor allem die Investitionsflaute in Westeuropa das ausschlaggebende Handicap. Auch sind italienische Unternehmen noch nicht genug auf dem prosperierenden ostasiatischen Märkten etabliert, dass sie vom dortigen starken Wirtschaftswachstum wesentlich profitieren könnten. Die **Einfuhr** nahm nur wenig ab, und die Terms of Trade entwickelten sich weniger günstig, so dass die **Leistungsbilanz** einen auf 1,2% des BIP erhöhten Fehlbetrag auswies.

Auf dem **Arbeitsmarkt** besserte sich die Lage nach der Jahresmitte kaum noch. Gegenüber 2002 nahm die Beschäftigung um 1/2% zu, wobei weiterhin vor allem Teilzeitstellen

entstanden, meist auf der Basis befristeter Arbeitsverträge. Zahlreiche Beschäftigte (reichlich 3% der offiziell Beschäftigten) tauchten aus der Schattenwirtschaft auf und beantragten ihre Legalisierung. Die Mitte der neunziger Jahre eingeleitete Deregulierung des Arbeitsmarktes wirkt sich also immer noch günstig aus. Als förderlich erwiesen sich auch die stattlichen bei der Neueinstellung von Arbeitnehmern gezahlten staatlichen Prämien. Die Arbeitslosenquote ging im Jahresdurchschnitt auf 8,7% zurück, obwohl die Erwerbsbevölkerung durch Zuwanderung laufend steigt.

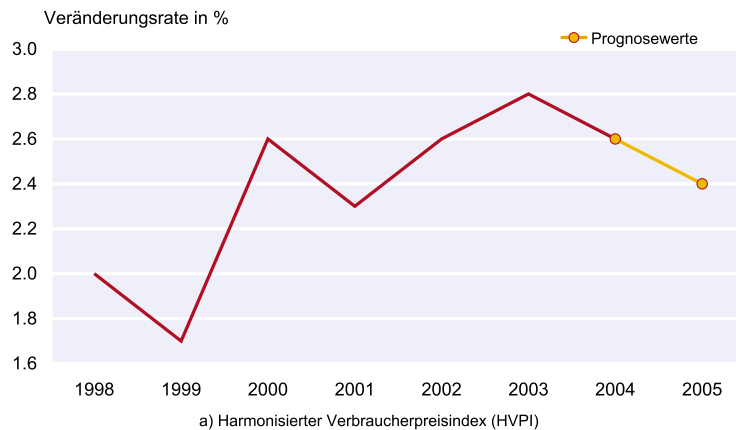
Auf der Verbraucherstufe erhöhten sich die Preise zu Beginn des Jahres rasch – die Produzentenpreise blieben hingegen das ganze Jahr über fast stabil – vor allem infolge des kräftigen Schubs bei den Preisen für Energie, die dann im weiteren Verlauf sanken. Stetig und spürbar stiegen die Nahrungsmittelpreise – vor allem jene für Obst und Gemüse, wesentlich bedingt durch den anhaltenden Wassermangel in der Landwirtschaft. Hinzu kam, dass der geschützte Sektor seine Gewinnmargen ausgeweitet hat. Insgesamt war das Preisniveau während des Sommers kaum verändert. Es erhöhte sich im Herbst nur wenig, obwohl Bank- und Autobahngebühren, Kfz-Versicherungen etc. teurer wurden. Im Jahresdurchschnitt lagen die **Konsumentenpreise** (HVPI) um 2,8% über dem Niveau von 2002. Die Rate war nicht nur höher als im Jahr zuvor, sondern übertraf auch den westeuropäischen Durchschnitt spürbar. Dabei dürfte sie den tatsächlichen Preisanstieg sogar noch unterzeichnen.

Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftspolitik gibt der Konjunktur heuer und vermutlich auch 2005 insgesamt leichte Impulse und bleibt – soweit sie intern determiniert ist – über weite Strecken improvisiert. Das gilt in erster Linie für die Finanzpolitik bei (in Relation zum BIP) weiter steigendem öffentlichen Finanzierungsdefizit. Die Geldpolitik wirkt noch bis ins kommende Jahr hinein expansiv, selbst wenn die Europäische Zentralbank Ende dieses Jahres beginnen sollte, die Zinsen anzuhängen. Die Lohnpolitik wirkt ebenfalls in diese Richtung, da neu abgeschlossene Tarifverträge höhere Lohnsteigerungen vorsehen als die ausgelaufenen Verträge. Und die dämpfende Wirkung der zurückliegenden starken Aufwertung des Euro klingt zunächst langsam ab. Struktur- und ordnungspolitisch ist nicht viel zu erwarten angesichts der näher rückenden Parlamentswahlen 2006.

Die **Geldpolitik** stützt die Konjunktur bis in das Jahr 2005 hinein. Allerdings lässt die Intensität sukzessive nach. Zwar erfolgte die letzte Verringerung des Schlüsselzinses (auf 2%)

Konsumentenpreise^{a)}



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

durch die Europäische Zentralbank (EZB) im Juni 2003 – als vermutlich letzter Schritt einer seit Mai 2001 zu beobachtenden Reihe von Zinssenkungen (damals war der Leitzins von 4,75 auf 4,5% herabgesetzt worden). Aber erstens wirken Zinssatzänderungen mit längerer Verzögerung – das gilt auch für den Fall, dass die EZB die Zinsen, beginnend Ende 2004 allmählich heraufsetzt, so dass nennenswerte bremsende Effekte kaum vor Ende 2005 zu erwarten sind. Zweitens ist ausreichend Liquidität vorhanden, selbst wenn man berücksichtigt, dass M3 in erheblichem Umfang Gelder enthält, die wegen der niedrigen Kapitalmarktzinsen und in Erwartung höherer Renditen kurzfristig geparkt und eigentlich dem langfristigen Kapital zuzurechnen sind. Die der EZB als wichtige Referenzgröße dienende Geldmenge M3 lag seit 1999 stets weit über dem Zielwert von 4,5% p.a. und übertraf 2003 das Vorjahresniveau um 8%. Erst seit Spätsommer 2003 gehen die Zuwachsraten im Vorjahresvergleich stetig und spürbar zurück – auf zuletzt 4,7% im Mai. Drittens lagen die kurzfristigen Realzinsen (Dreimonatszinsen) während des zweiten Halbjahrs 2003 angesichts einer Teuerungsrate (HVPI) von 2,1% im Euroraum bei null, und sie dürften im laufenden Jahr kaum, 2005 allerdings wieder rascher steigen. Denn es ist im Zuge der konjunkturellen Erholung 2005 mit einer Zinsanhebung durch die EZB zu rechnen zwecks Sicherung des mäßigen Preisaufriffs, neben M3 ihrem zweiten wichtigen Referenzwert (die Anstiegsrate der Konsumentenpreise soll »mittelfristig nahe 2%« liegen). Auch die Kapitalmarktzinsen bleiben real noch einige Zeit niedrig, obwohl der Tiefpunkt des Zinszyklus im zweiten Quartal 2003 durchschritten worden war. Für **Italien** erscheinen die kurzfristigen Zinsen mit Blick auf das Wirtschaftswachstum zu hoch. Doch sind sie sogar mehr als angemessen, wenn man die deutlich negativen Realzinsen berücksichtigt. Die Preisentwicklung würde spürbar höhere Zinsen erfordern. Die italienische Inflationsrate dürfte heuer und 2005 die mittelfristige Zielgröße der EZB erneut deutlich überschreiten, auch infolge der erheblich gestie-

genen Preise für Rohöl und Industrierohstoffe. Die Finanzierungsmodalitäten bleiben für die Unternehmen trotz aufwärts tendierender kurz- und langfristiger Zinsen auch 2005 insgesamt befriedigend, obwohl die öffentlichen Haushalte im Verhältnis zum BIP nicht nur steigende, sondern auch erhebliche Defizite ausweisen werden. Trotz nachwirkender trüber Erfahrungen aus den Zeiten der New-Economy-Blase verfahren die Kreditinstitute bei der Kreditvergabe an Unternehmen allmählich weniger restriktiv, wenn auch besonders kleinere Unternehmen vielfach Schwierigkeiten bei der Kreditaufnahme haben. Entscheidend ist aber weniger die Verfügbarkeit von Krediten, sondern die schwache Nachfrage nach denselben. Auch hier wurde in erheblichem Umfang Kapital in Erwartung höherer langfristiger Zinsen auf dem Geldmarkt geparkt. Bremsend, wenn auch im weiteren Verlauf abgeschwächt, wirkt hingegen die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar. Diese hatte Anfang 2002 begonnen und sich fast durchgängig bis Anfang 2004 fortgesetzt. Erst zuletzt war der Trend, vermutlich nur vorübergehend, unterbrochen. Nominal gewann der Euro gegenüber dem US-Dollar im Schnitt des Jahres 2002 5,6% und 2003 19,7%. Real effektiv ist die Aufwertung 2003 mit 11,3% allerdings deutlich geringer ausgefallen.

Die **Finanzpolitik**, wie kaum ein anderes Feld der Regierungspolitik von Improvisation, unseriösen Aushilfen und »kreativer Buchführung« geprägt, dürfte die Konjunktur heuer und 2005 etwas stimulieren, was mit Blick auf das schwache Wirtschaftswachstum begrüßt werden mag. Doch der finanzpolitische Preis ist hoch: Das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand wächst in Relation zum BIP rasch und wird schon heuer mit rund 3% und 2005 mit ca. 4% die vom Vertrag von Maastricht gezogene Grenze überschreiten, falls es nicht im Sommer zu einem Nachtragshaushalt kommt. 2003 konnte der Fehlbetrag 2003 noch auf 2,5% begrenzt werden. Er hätte indes bei 4% gelegen, würde man die Erlöse aus Immobilienverkäufen und Steueramnestien ausklammern. Die öffentliche Verschuldung dürfte folglich über die für 2003 ausgewiesenen 106,2% des BIP steigen, anstatt weiter zurückzugehen. Der unter diesen Umständen bereits fällige »blaue Brief« der EU-Kommission wurde bis nach den Europa-Wahlen verschoben. Für weitere Steuerensenkungen besteht also kein Spielraum mehr, nachdem 2003 Einkommen- und Körperschaftsteuer gesenkt worden waren. Was »kreative Buchhaltung« anlangt, so werden in Anlehnung an das deutsche Beispiel in Staatsbesitz befindliche Aktien auf die 2003 gegründete halbstaatliche Cassa Depositi e Pristiti (CDP) umgebucht; auf diese Weise wurde die Staatsverschuldung 2003 um rund 11 Mrd. € gedrückt. Dieser Kunstgriff wird Bestandteil des finanzpolitischen Instrumentariums bleiben, solange der Staat noch über entsprechende Aktiva verfügt. Die in der Finanzplanung (Documento programmatico economico e finanziario) 2004/2007 genannten konsolidierungspolitischen Vorgaben sind bereits jetzt überholt, was allerdings wesentlich

auch in der lahmen Konjunktur seine Ursache hat. So sind im Staatshaushalt 2004 gegenüber der mittelfristigen Planung auf der Einnahmen- und auf der Ausgabenseite Korrekturen von jeweils ca. 16 Mrd. € vorgesehen, mit deren Hilfe, basierend auf der Annahme eines Wirtschaftswachstums von 1,9% das Finanzierungsdefizit der öffentlichen Hand 2004 auf 2,2% zurückgeführt und 2006 der Haushaltsausgleich erreicht werden sollte. Nun ist die Zunahme des realen BIP nur noch mit gut 1% anzusetzen, was gegenüber dem Voranschlag die Ausgaben anschwellen und die Einnahmen niedriger ausfallen lässt. Die Ausgaben waren bereits großzügig budgetiert – u.a. wurden die öffentlichen Bauinvestitionen spürbar höher dotiert. Zudem bestehen die Korrekturen auf der Einnahmeseite wieder zu rund zwei Dritteln aus Einmaleffekten, wie Steueramnestie (sie gilt diesmal den für schätzungsweise 330 000 illegal errichtete Baulichkeiten verantwortlichen »Bausündern« und soll rund 2 Mrd. € bringen), Verkäufe oder Verbriefung von staatlichen Immobilien (diese fließen unmittelbar in das Budget, während Privatisierungserlöse zur Schuldentilgung verwendet werden müssen) etc. Wachstumspolitische Spielräume werden weder hier noch auf der Ausgabenseite geschaffen, wenn man von der intensiveren Forschungsförderung absieht; hierfür ist es allerdings höchste Zeit bei F&E-Aufwendungen, die mit 1% des BIP gerade halb so hoch sind wie im Durchschnitt der EU-15. Vielmehr versucht man der Überalterung durch die Zahlung einer Prämie (1 000 €) für neugeborene Geschwister entgegenzuwirken, nachdem bereits seit einiger Zeit für Erstgeborene 800 € gezahlt werden – nach überwiegender Ansicht unwirksame Ausgaben. Ferner wurde die steuerliche Förderung von Bauinvestitionen bis Ende 2004 verlängert. Von der Ende 2003 mit großen Abstrichen verabschiedeten Rentenreform sind hingegen keinerlei Entlastungen zu erwarten, da diese erst ab 2008 greift. Dabei liegen die Ausgaben für die Altersversorgung mit rund 14% des BIP europaweit mit an der Spitze. 3 bis 4 Mrd. € sollen an zusätzlichen Einnahmen durch die Verringerung von Steuervorteilen bei Dividenden für natürliche Personen ohne maßgebliche Beteiligung an Unternehmen erzielt werden. Andererseits zahlen sehr wohlhabende Privatpersonen seit Anfang 2004 deutlich geringere Steuern auf Dividenden als in der Schweiz, so dass Finanzinstitute im Tessin bereits die Abwanderung von Kunden nach Italien befürchten.

Lohnpolitisch zeichnet sich seit einiger Zeit eine weniger maßvolle Linie ab. Erstens sehen die ab Mitte 2003 neu geschlossenen Lohntarifverträge etwas höhere Lohnsteigerungen vor als zuvor. Und zweitens basieren die bis 2004 laufenden Abkommen – etwa das zwischen den Gewerkschaftsverbänden CISL und UIL mit dem Verband der metallverarbeitenden Industrie (Federmeccanica) auf offiziellen, also viel zu niedrigen Inflationsprognosen, so dass es auf Branchen- und Betriebsebene zu unterschiedlichen, aber spürbaren Nachzahlungen kommt, womit der heuer bei $\frac{3}{4}\%$

liegende Produktivitätsgewinn erheblich übertroffen wird. 2005 schrumpft die Diskrepanz etwas.

Energiepolitisch wurde ein Fortschritt insofern erzielt, als per Dekret der Bau von 10 000 MW neuer Kraftwerkskapazität meist auf Kohlebasis in Elektrizitätswerken (die installierte Kapazität von 77 000 MW ist nur zu rund zwei Dritteln am Netz) initiiert wurde, nachdem zwei Jahrzehnte lang keine neuen Kapazitäten ans Netz gegangen waren. Vielmehr hatte man sich trotz des jährlich um etwa 2% wachsenden Stromverbrauchs darauf verlassen, die immer größer werdende Lücke zwischen Nachfrage und nationaler Produktion (derzeit beläuft sich diese auf rund 20%) durch Importe vornehmlich aus Frankreich und der Schweiz schließen zu können. Der heiße Sommer 2003 mit seinen vielen Stromabschaltungen hat diese Leichtfertigkeit evident werden lassen. Die Durchlaufzeit beim Bau neuer Kraftwerke erlaubt eine Entlastung der angespannten Lage sowie die mit diesen verbundene Verringerung der hohen Abhängigkeit von Erdöl (auf dieser Grundlage werden derzeit ca. zwei Drittel des elektrischen Stroms erzeugt) und Erdgas indes erst auf mittlere Sicht. Engpässe gibt es darüber hinaus beim insgesamt gut unterhaltenen Leitungsnetz. Das gilt sowohl für die Anbindung an das schweizerische Netz, über welches das Gros auch der französischen Lieferungen läuft, als auch für die Vernetzungsdichte. Letztere bietet zu wenig Möglichkeiten, bei Ausfällen von einer auf eine andere Leitung umzuschalten. Die für die Kostenbelastung der Wirtschaft entscheidende Frage einer Senkung der weit über dem westeuropäischen Durchschnitt liegenden Stromtarife wurde noch nicht einmal ansatzweise angegangen.

Die **Privatisierung** öffentlicher Unternehmen, nach dem kräftigen Schub 1993/2001 im Jahre 2002 ins Stocken geraten, wurde Ende vorigen Jahres wieder forciert. Die Restbeteiligung an der Telecom Italia wurde für 1,5 Mrd. € abgestoßen, die staatliche Tabakregie ETI ging en bloc an British-American-Tobacco, und vom führenden Elektrizitätsunternehmen ENEL wurden 6,5% des Kapitals veräußert. Kürzlich privatisierte ENEL das Stromnetz seiner Tochtergesellschaft Terna, der 94% des Hochspannungsnetzes gehört, zunächst zur Hälfte, bei deutlicher Überzeichnung des Angebots. Sie soll bis 2005 mit dem staatlichen Netzbetreiber GRTN fusioniert werden. Weitere Privatisierungen sind geplant, darunter auch die der zu 65% in Staatsbesitz befindlichen ALITALIA. Noch 2004 steht die Teilprivatisierung der Flughäfen Venedig und Pisa an.

Ordnungspolitisch ist zunehmend für Irritationen gesorgt. War die Regierung Berlusconi noch mit einem unüberhörbaren neo-liberalen Tenor angetreten, so sorgt sie nun häufiger mit entgegengesetzten Thesen für Aufmerksamkeit. Etwa wenn der Premierminister Schutzzölle gegen das Sozialdumping Chinas fordert oder zur Inflationsbekämpfung Preiskontrollen androht.

Wirtschaftsentwicklung 2004

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um 4^{1/2}%. Auch in **Japan** nehmen Nachfrage und Produktion um 4^{1/2}% zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um 4^{1/4}%. In **Westeuropa** und in der EU-15 erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um ca. 2%; in Deutschland sowie im Euroraum expandiert es um 1^{3/4}%. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 34 US-Dollar pro Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 25% mehr als 2003. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,20 bis 1,30 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 9^{3/4}% ausgeweitet werden.

In **Italien**, wie in den anderen westeuropäischen Volkswirtschaften auch, ist das erste Quartal konjunkturell besser gelaufen als erwartet. Nachfrage und Produktion erhöhten sich gegenüber dem vierten Quartal 2003 um 0,4% und im Vorjahresvergleich um 0,8%. Allerdings dürfte die Entwicklung tendenziell moderat aufwärts gerichtet sein, obwohl die Wirtschaftspolitik insgesamt etwas stützt. Hierauf lassen auch die auf der Basis von Unternehmens- und Verbraucherbefragungen erhobenen Indikatoren für das Wirtschaftsklima schließen. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** dürfte um gut 1% expandieren; in Süditalien ist wiederum eine höhere Rate zu erwarten, auch weil dort mehr öffentliche Mittel eingesetzt werden. Dies wäre dann eines der schlechtesten Produktionsergebnisse Europas. Es würde nur wenig höher liegen, wenn es nicht jüngst zu der starken Verteuerung von Rohöl gekommen wäre. Ausschlaggebend für die schwache Erholung sind sowohl Inlandsnachfrage als auch der verstärkt negative Außenbeitrag; die Ausfuhr steigt trotz des kräftigen weltwirtschaftlichen Aufschwungs nur langsam, während der Import rascher zunimmt. Da zudem die Terms of Trade ungünstiger werden, erhöht sich das Defizit der Leistungsbilanz auf 1^{3/4}% des BIP. Die Inlandsnachfrage gewinnt langsam an Schwung. So werden der private Konsum etwa gleich stark und der Staatsverbrauch nur wenig langsamer ausgeweitet als im Vorjahr. Die Rezession der Bruttoanlageinvestitionen wurde zwar überwunden, doch erhöhen sich diese im Verlauf eher mäßig. Unter diesen Umständen ist keine nennenswerte Besserung auf dem Arbeitsmarkt mehr zu erwarten. Die Arbeitslosenquote dürfte bei 8^{1/2}% liegen. Der Preisauftrieb beschleunigt sich infolge der spürbar verteuerten Energie; die Konsumentenpreise steigen um 2^{1/2}%, also stärker als noch vor kurzem erwartet.

Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen (Anteil am BIP 27%) dürften nach dem Rückgang im ersten Quartal spürbar expandieren, gegenüber 2003 aber nur um 2^{3/4}% zunehmen. Die Exporterwartungen der Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe haben sich zwar bis zuletzt weiter ver-

bessert, liegen damit aber erst wieder beim langfristigen Durchschnitt. Verschiedene – meist strukturelle – Gründe sprechen dafür, dass sich die günstige Weltkonjunktur weniger auf die Auslandslieferungen auswirkt, als das in anderen westeuropäischen Ländern (u.a. in Deutschland) der Fall ist. Erstens ist die Ausrichtung auf die prosperierenden Volkswirtschaften Ostasiens sowie Mittel- und Osteuropas relativ gering, während das konjunkturell nur langsam vorankommende Westeuropa als Absatzmarkt mit einem Anteil an den Warenexporten von 57% dominiert, und zwar sowohl bei Konsum- als auch bei Investitionsgütern. Zweitens bleibt vor allem der Konkurrenzdruck aus China für die Produzenten »klassischer« italienischer Konsumgüter sogar auf dem heimischen Markt groß. Drittens ist die Erzeugung zu wenig auf F&E-intensive, technologisch hochwertige Produkte, insbesondere IT-Erzeugnisse, ausgerichtet. Was nach dem Platzen der New-Economy-Blase ein Vorteil war, wendet sich jetzt wieder zum Nachteil. Viertens dämpft die zurückliegende starke Aufwertung des Euro gegenüber den Währungen des Dollarraums, wenn auch in abnehmendem Maße. Fünftens sinkt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit weiter als Folge spürbar erhöhter Lohnstückkosten bei geringem Produktivitätswachstum. Das gilt auch für den Ausländertourismus (Einnahmen 2002: 28,4 Mrd. €), dessen Wachstum zudem unter der flauen Konsumausweitung in den wichtigsten europäischen Herkunftsländern leidet. Der **Import**, der 26% des BIP entspricht, erhöht sich infolge der schwach steigenden Inlandsnachfrage nicht viel stärker als die Ausfuhr. Da zudem die Terms of Trade infolge des Preisschubs und der besonders hohen Abhängigkeit von Energieimporten ungünstiger werden, ist mit einem auf 1³/₄% des BIP erhöhten Passivum der **Leistungsbilanz** zu rechnen.

Der **private Konsum**, auf den 60% des BIP entfallen, nimmt vermutlich um 1¹/₄%, im Verlauf also mäßig, zu. Hierauf lässt auch das auf der Basis von Verbraucherumfragen erhobene

ne Konsumklima schließen, das seit Jahresbeginn auf einem ungünstigeren Niveau verharrt als 2003, obwohl für das erste Quartal eine spürbare Ausweitung gemeldet wurde. Zwar bleiben die Zinsen niedrig. Aber die Reallöhne werden nur wenig rascher steigen als bisher. Das ist mit auf die im Zuge der Erdölverteuerung stärker als erwartet steigenden Preise zurückzuführen, denen der Inflationsausgleich erst später und nur teilweise folgt. Die konjunkturellen Aussichten sind nach wie vor gedämpft, und die Beschäftigung nimmt im Verlauf kaum noch zu. Unter diesen Umständen ist auch nicht mit einem Rückgang der Sparquote zu rechnen. Diese könnte eher etwas steigen, da sich die Verbindlichkeiten der traditionell kaum verschuldeten privaten Haushalte während der letzten Jahre deutlich erhöht haben und deren Bedienung zunehmend als belastend empfunden wird. Hieran ändern auch die weiter steigenden Hauspreise nichts, die nach populärer anglo-amerikanischer Lesart eine sehr wichtige Determinante des privaten Konsums sind – in den USA und in Großbritannien, aber nicht in Italien, wo Haus- und Wohnungseigentum (fast 80% der Haushalte bewohnen Eigenheime, auch weil der Mieterschutz nach wie vor sehr rigide ist) üblicherweise als bleibender Besitz und nicht als Spekulations- und Beleihungsobjekt zur Finanzierung von Konsum verstanden wird. Auch spielen die Börsenkurse angesichts des wenig verbreiteten Aktienbesitzes – auch hier wiederum anders als in den USA – keine nennenswerte Rolle beim Verhalten der Verbraucher. Besonders das breite Publikum engagiert sich traditionell ganz überwiegend in Obligationen. Der **öffentliche Verbrauch** (19% Anteil am BIP) dürfte um annähernd 2% expandieren, auch weil der Zinsendienst für die steigende Staatsschuld (gut 106% des BIP) nicht mehr sinkt, sondern allmählich steigt.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (Anteil am BIP 19,8%, also etwas mehr als im Schnitt der EU-15) fanden im ersten Quartal zwar rasch aus der Rezession heraus. Gegenüber 2003

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2002	2003	2004 ^{a)}				2005 ^{a)}			
			REF ^{b)}	PR ^{c)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}	REF ^{b)}	PR ^{c)}	EU ^{d)}	OECD ^{e)}
Bruttoinlandsprodukt	0,4	0,3	0,5	1,0	1,2	0,9	1,4	2,3	2,1	1,9
Inlandsnachfrage	1,3	1,2	0,7	1,4	1,5	1,2	1,6	2,5	2,2	2,7
Privater Verbrauch	0,5	1,3	1,1	1,0	1,5	1,0	1,8	2,3	2,1	2,4
Staatsverbrauch	1,9	2,2	1,6	1,9	1,2	0,3	0,7	1,9	1,2	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	1,2	-2,1	0,0	1,0	1,8	0,0	2,0	3,5	3,3	5,2
Exporte ^{f)}	-3,4	-3,9	1,2	2,6	2,5	2,4	3,8	5,0	6,0	5,7
Importe ^{f)}	-0,2	-0,6	1,9	4,0	3,5	3,8	4,7	5,9	6,5	8,6
Industrieproduktion (ohne Bau)	-1,4	-0,4	n.a.	0,8	n.a.	n.a.	n.a.	2,2	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	2,6	2,8	2,3	2,1	2,2	2,2	2,2	1,9	1,9	2,1
Arbeitslosenquote	9,0	8,7	8,6	8,4	8,6	8,6	8,3	8,2	8,5	8,5
Leistungsbilanz ^{g)}	-0,3	-1,2	-1,3	-1,4	-1,4	-2,0	-1,0	-1,2	-1,3	-2,9
Finanzierungssaldo des Staates ^{g)}	-2,3	-2,4	-3,5	-2,9	-3,2	-3,1	-4,2	-3,1	-4,0	-3,9

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Riserche per l'Economia e la Finanza, Milano, vom März 2004. – ^{c)} Associazione PROMETEIA, Bologna, vom März 2004. – ^{d)} Kommission der EU, Brüssel, vom April 2004. – ^{e)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom Mai 2004. – ^{f)} Güter und Dienstleistungen. – ^{g)} In % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

dürften sie gleichwohl nur wenig zunehmen. Dies, obwohl die Steuervergünstigungen für Bauinvestitionen bis Ende 2004 verlängert worden sind. Aber die länger als früher bei ähnlichen Programmen wirkenden Vorzieheffekte von »Tremonti Bis« dämpfen immer noch die Investitionsneigung. Das gilt allerdings nur teilweise für die Bauinvestitionen. Bei diesen stimulieren vielmehr die immer noch günstigen Finanzierungsmöglichkeiten, welche eine weitere, wenn auch verlangsamte Ausweitung des Wohnungsneubaus erwarten lassen. Der Rückgang bei Renovierungen Reparaturen läuft aus; die schwache Entwicklung der letzten Jahre war der Reflex verschiedener staatlicher Maßnahmen, welche Ende der neunziger Jahre einen bis ins Jahr 2000 reichenden Boom ausgelöst hatten. Die öffentlichen Investitionen, nehmen – wenn gleich verlangsamte – weiter zu, da nun eine Reihe großer Projekte im Infrastrukturbereich voll in der Durchführungsphase ist. Schlecht steht es hingegen um den industriell-gewerblichen Bau. Hier machen sich nicht nur die Vorzieheffekte negativ bemerkbar, sondern auch die schwache Konjunktur im Allgemeinen sowie die verhaltene Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen im Besonderen. Zwar stützen die niedrigen Zinsen, und der Bedarf an Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen ist angesichts der andauernden Verlauste an preislicher Wettbewerbsfähigkeit beträchtlich. Aber die Ertragslage bessert sich nur allmählich, die Absatzaussichten werden verhalten beurteilt, und die Auslastung der Kapazitäten ist in der verarbeitenden Industrie seit Beginn dieses Jahres unter den langfristigen Durchschnitt gesunken – für Erweiterungsinvestitionen, die normalerweise einen Investitionsaufschwung beflügeln, besteht also generell umso weniger Anlass, als Rationalisierungs- und Ersatzinvestitionen normalerweise eine Kapazitätserweiterung implizieren. Hinzu kommen strukturelle Problemen bei einigen Unternehmen wie etwa bei FIAT. Und schließlich ist Italien kein Magnet für Auslandsinvestitionen. 2002 kamen 4,4 Mrd. € aus Drittländern, während es z.B. in den Niederlanden 8,8 Mrd. € und in Frankreich 16,5 Mrd. € gewesen sind. Zwar leiden auch hier besonders viele kleinere und mittlere Firmen unter der gegenüber den späten neunziger Jahren erheblich vorsichtigeren Kreditvergabe der Finanzinstitute. Dies resultiert jedoch aus den mit dem Platzen der New-Economy-Blase verbundenen Erfahrungen, und nicht aus einer Kreditklemme. Der italienische Bankensektor hat vielmehr eine mehrjährige Phase erfolgreicher und vielfältiger Restrukturierung hinter sich, wird auch ertragsmäßig als gesund bezeichnet und klagt über eine schwache Kreditnachfrage.

Auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich die Lage im Verlauf kaum noch. Gegenüber 2003 wird sich damit eine nur noch geringe Zuwachsrate bei der Beschäftigung ergeben, obwohl weiterhin für die Einstellung neuer Kräfte staatliche Beschäftigungsprämien gezahlt werden; Untersuchungen zeigen, dass diese vorwiegend jungen, gut ausgebildeten Arbeitssuchenden zu einer unbefristeten Anstellung verhelfen. Angesichts des schwachen Wirtschaftswachstums ist das

noch eine günstige Entwicklung, selbst wenn man die geringen Fortschritte bei der Arbeitsproduktivität ($\frac{3}{4}\%$ p.a.) berücksichtigt. Aber die 1997 gestarteten Arbeitsmarktreformen (»Patto Treu«) und bis zuletzt vorsichtig fortgeführte Liberalisierung führte nicht nur zu einer deutlichen Ausweitung von zeitlich befristeten sowie von Teilzeitarbeitsplätzen, sondern auch zum Auftauchen zahlreicher Arbeitskräfte aus der umfänglichen Schattenwirtschaft; Schätzungen bezüglich der letzteren lassen eine Größenordnung von 25% des BIP (für die Schweiz werden etwas 9% angenommen) vermuten. Bei weiterem durch Zuwanderung bedingtem Wachstum der Erwerbsbevölkerung dürfte die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt $8\frac{1}{2}\%$ betragen.

Die Inflation gewinnt allmählich wieder an Tempo. Hierauf lassen nicht nur die nach längerer Stagnation auf breiter Front wieder anziehenden Produzentenpreise schließen, sondern speziell die kräftige Verteuerung des Erdöls (und mit Verzögerung auch von Gas), die sich erst jetzt voll auswirkt. Die Ölverteuerung schlug im Mai nur deshalb nicht wie in den anderen westeuropäischen Ländern auf den Verbraucherpreisindex durch, weil gleichzeitig im Bereich der Telekommunikation nennenswerte Preissenkungen erfolgten. Am 1. Juli verteuerten sich Elektrizität um 1,2% und die Autobahnmaut um 2,6%. Zudem klingen die stabilisierenden Effekte der starken Euro-Aufwertung ab, und die Lohnstückkosten erhöhen sich eher schneller. Auch dürfte besonders der Handel seine Gewinnmargen weiter verbessern, was angesichts der flauen Nachfrage einmal mehr auf – nicht nur in diesem Sektor – ungenügenden Wettbewerb schließen lässt. Ferner führen Kürzungen bei staatlichen finanziellen Zuweisungen an die Gebietskörperschaften dort zur Anhebung von Steuern, Gebühren und Abgaben. Und schließlich ist die jahrzehntelang herrschende Inflationsmentalität noch nicht gebrochen, wie Preissetzungen besonders im Gastronomie- und Beherbergungssektor zeigen. In Dänemark, dessen Wirtschaft ebenfalls lange von kräftiger Inflation geprägt war, ergab sich während der achtziger Jahren eine Anpassungsphase von gut sieben Jahren, bis diese Verhaltensweise gebrochen und Stabilitätsbewusstsein eingekehrt war. In Italien dürfte dieser Prozess noch länger dauern. Die **Konsumentenpreise** (HVPI) dürften im Jahresdurchschnitt um $2\frac{1}{2}\%$ steigen.

Wirtschaftsentwicklung 2005

Als **weltwirtschaftliche Rahmendaten** werden angenommen: In den **Vereinigten Staaten** expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um $3\frac{1}{2}\%$. Nachfrage und Produktion nehmen in **Japan** um $2\frac{1}{2}\%$ zu. In **Mitteleuropa** steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um $4\frac{1}{4}\%$. In **Westeuropa** erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um $2\frac{1}{4}\%$; im Euroraum expandiert es um ca. 2% und in Deutschland um $1\frac{3}{4}\%$. Der Importpreis für **Rohöl** liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 32 US-Dollar pro

Barrel. **Industrierohstoffe** (ohne Öl) kosten etwa 6% mehr als 2004. Der **Wechselkurs des Euro** liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,20 bis 1,30 US-Dollar. Das Volumen des **Welthandels** dürfte in einer Größenordnung von 8% ausgeweitet werden.

In **Italien** setzt sich die konjunkturelle Erholung in wenig verändertem Tempo fort, schwach unterstützt von der Wirtschaftspolitik. Die Binnennachfrage nimmt etwas stärker zu, und der Außenbeitrag entwickelt sich nicht mehr so ungünstig. Das **reale Bruttoinlandsprodukt** expandiert um rund 2%. Am kräftigsten wird die **Ausfuhr** steigen, nunmehr spürbar angeregt durch die bessere Konjunktur in Westeuropa, wo auch der private Verbrauch nicht mehr ganz so verhalten ausgeweitet wird. Da sich die Veränderungsraten von Ex- und Import annähern, dürfte das Defizit der Leistungsbilanz ungefähr jenem des Vorjahres entsprechen. Der Staatsverbrauch nimmt etwa in unverändertem Tempo, der private Konsum etwas rascher zu, bedingt durch höhere Reallohnsteigerungen und zunehmende Beschäftigung. Die Arbeitslosenquote dürfte im Schnitt des Jahres auf 8¹/₄% sinken. Das Niveau der Lebenshaltungskosten liegt um 2¹/₂% über jenem von 2004.

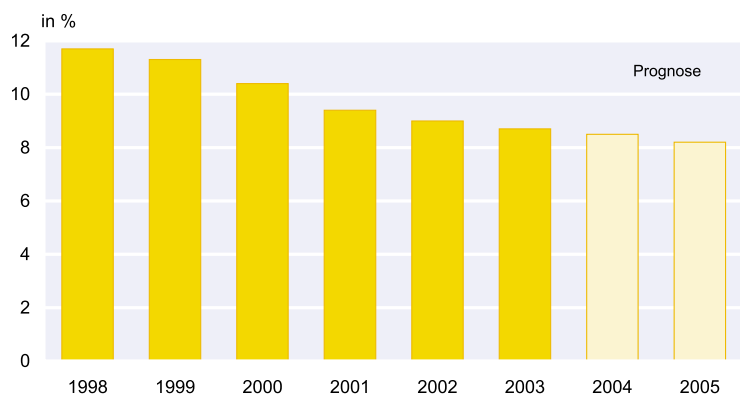
Die **Ausfuhr** von Gütern und Dienstleistungen dürfte um 5¹/₂% expandieren, obwohl sich die Konjunktur in Ostasien etwas und in Nordamerika deutlich abkühlt. Wichtiger ist hingegen das weitere Abklingen der retardierenden Effekte der Euro-Aufwertung gegenüber den Währungen des Dollarraums sowie die Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung auf dem Hauptabsatzmarkt Westeuropa, wo sowohl der private Konsum als auch die Ausrüstungsinvestitionen allmählich rascher zunehmen. Hiervon kann nicht nur die hoch entwickelte italienische Verbrauchsgüterindustrie, sondern auch die Investitionsgüterindustrie (Italiens Anteil am Weltexport von Maschinenbauerzeugnissen liegt bei knapp 10%, wobei Deutschland und Japan die schärfsten Konkurrenten sind) profitieren, zumal in Westeuropa der Investitionszyklus noch aufwärts weist. Allerdings verliert Italien weiter Anteile am Weltmarkt. Dies ist nicht nur auf den gegenüber wichtigen Wettbewerbern fortgesetzten Anstieg der Lohnstückkosten, sondern auch auf das ungenügende Angebot hochtechnologischer Produkte zurückzuführen. Die **Einfuhr** nimmt ebenfalls schneller zu, doch dürfte sich der negative Außenbeitrag nicht mehr nennenswert erhöhen. Obwohl eine leichte Verschlechterung der Terms of Trade zu erwarten ist, wird das Passivum der **Leistungsbilanz** vermutlich wieder eine Größenordnung von 1³/₄% erreichen.

Der **private Konsum** expandiert um reichlich 2%. Die Reallöhne steigen etwas stärker als im Jahr zuvor, und die Beschäftigung wird im

Verlauf wieder ausgeweitet. Außerdem wird dann die Aufregung um die Reform der Rentenversicherung vollends abgeklungen sein. Und die Regierung dürfte im Vorfeld der Parlamentswahlen 2006 alles vermeiden, was das Konsumklima verschlechtern könnte. Die Sparquote wird wohl angesichts der besseren Konjunktur- und Arbeitsmarktentwicklung leicht sinken, was zur weiteren Normalisierung des Pkw-Absatzes beiträgt. Die Käufe von Einrichtungsgegenständen nehmen bei weiter expandierendem Wohnungsbau langsam zu. Der **öffentliche Verbrauch** steigt erneut um etwa 2%.

Die **Bruttoanlageinvestitionen** (+ 3¹/₂%) kommen stärker in Schwung. Das gilt überdurchschnittlich für die Ausrüstungsinvestitionen, auf die fast die Hälfte der Bruttoanlageinvestitionen entfallen. Hier stimulieren die trotz aufwärts tendierender Zinsen immer noch günstigen Finanzierungsbedingungen, die optimistischer beurteilten Absatz- und Ertragswartungen, die sich bessernde Auslastung der Kapazitäten in der verarbeitenden Industrie sowie das endgültige Abklingen der Verzerrungen durch die »Legge Tremonti Bis«. Verstärkt wird in die Rationalisierung investiert, um den Anstieg der Lohnkosten zu bremsen, und veraltete Anlagen werden durch produktivere Einrichtungen ersetzt. Das gilt besonders im IT-Sektor. Von dieser Entwicklung wird der industriell-gewerbliche Bau angeregt. Zwar werden die Impulse schwach sein, aber die Flaute in diesem Bereich wird überwunden. Nochmals zulegen wird der öffentliche Bau (Wahlen 2006), auf den reichlich ein Fünftel der Bauinvestitionen entfallen. Die laufenden staatlichen Infrastrukturprojekte bilden weiterhin den Schwerpunkt. Der Wohnungsbau dürfte annähernd stagnieren, auch weil die steuerlichen Anreize Ende 2004 entfallen sollen (eine nochmalige Verlängerung erscheint jedoch als durchaus möglich), und die Finanzierung teurer wird. Eine schlechtere Entwicklung wird indes verhindert durch die sich günstiger als zuvor entwickelnden realen verfügbaren Einkommen der pri-

Arbeitslosenquote



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

vaten Haushalte, die nach wie vor beträchtliche Nachfrage vor allem nach eigengenutztem Wohnraum, auch infolge der anhaltenden Zuwanderung.

Die Situation auf dem **Arbeitsmarkt** bessert sich im Verlauf allmählich. Die Beschäftigung nimmt im Zuge der konjunkturellen Erholung langsam zu. Während die Landwirtschaft weiter Kräfte abgibt, wird die Beschäftigung im Dienstleistungsbereich, aber auch im industriellen Sektor ausgeweitet. Die staatliche, bei Neueinstellungen gezahlte Prämie unterstützt weiterhin die Anstellung vor allem junger Mitarbeiter. Der Anteil befristeter Beschäftigungsverhältnisse wird ebenso weiter ausgeweitet wie die Teilzeitbeschäftigung, deren Anteil mit rund 12% der Beschäftigten immer noch unter dem westeuropäischen Durchschnitt liegt. Die Arbeitslosenquote dürfte im Schnitt des Jahres auf 8¹/₄% zurückgehen.

Der Preisauftrieb setzt sich etwa im bisherigen Tempo fort, obwohl die inflationären Wirkungen des vorjährigen Ölpreisschubs abflauen. Aber die Tendenz zu stärkeren Lohn-erhöhungen hält an, was die Aufwärtstendenz der Lohnstückkosten unterstützt. Zudem werden die Unternehmen gerade des geschützten Bereichs bei verbesserter Konjunkturlage fortfahren, ihre Gewinnmargen auszuweiten. Und schließlich sind die stabilisierenden Wirkungen der Euro-Aufwertung nur noch gering. Die **Konsumentenpreise** (HVPI) dürften um 2¹/₂% über dem Niveau von 2004 liegen.

Abgeschlossen am 28. Juni 2004